



Resolution vom LSAP-Landeskongress am 3. März 2013 in Düdelingen angenommen

Bildung. Beschäftigung. ZUKUNFT!

Einleitung

Politik gestalten, heißt Verantwortung übernehmen! Mit diesem Anspruch ist die LSAP 2009 bei den Parlamentswahlen angetreten und hat sich in Regierung und Koalition bewährt. Mit Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft, Gesundheit und sozialer Sicherheit besetzen die Sozialisten gerade jene politischen Ressorts, die für die Zukunftsgestaltung des Landes wesentlich sind. Luxemburg braucht gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrem Know-how und ihrer Arbeit zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung beitragen. Nur eine Volkswirtschaft, die nachhaltiges und sozialverträgliches Wachstum schafft, wird in der Lage sein, auch künftigen Generationen einen gut funktionierenden Sozialstaat zu ermöglichen.

Damit diese politische Gleichung insbesondere in schwierigen Zeiten aufgeht, sind alle Akteure gleichermaßen gefordert. Politik und Wirtschaft müssen für optimale Rahmenbedingungen sorgen, während Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften an einem Strang ziehen müssen, damit das Land den Herausforderungen einer globalen Wirtschaft verantwortungsbewusst und wirksam begegnen kann.

Nach jahrzehntelangen hohen Wachstumsraten, die aus Luxemburg einen Hort der Beschäftigung¹, des Wohlstands und der sozialen Sicherheit gemacht haben, hat die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise gezeigt, dass Wachstum und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind. Auch Luxemburg steht vor großen Herausforderungen und erhöhtem Anpassungsdruck infolge der europäischen Schuldenkrise:

- *Die Arbeitslosigkeit nimmt trotz steigender Beschäftigung weiter zu.²*
- *Zu viele junge Menschen verlassen die Schule ohne Abschluss und sind auf den Arbeitsmarkt unzureichend vorbereitet³; gleichzeitig ist die Zahl der Hochschulabsolventen zu gering.*
- *Die öffentlichen Finanzen sind im Zuge der internationalen Finanzkrise zunehmend unter Druck geraten.⁴*
- *Während die Desindustrialisierung in Luxemburg weiter voranschreitet⁵, verliert auch der Banken- und Finanzplatz an Zugkraft.⁶*

Trotz dieser strukturellen Defizite hat die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise aber auch offenbart, dass Luxemburg handlungs- und wettbewerbsfähig ist.⁷ Insofern teilen wir die Schwarzmalerei aus Arbeitgeberkreisen nicht, die darauf abzielt, Druck auf Löhne und Renten auszuüben und soziale Errungenschaften zurückzufahren. Im Gegensatz zu hochverschuldeten EU-Ländern hat die Luxemburger Regierung auf Drängen der LSAP in Krisenzeiten bewusst auf Austeritätspolitik verzichtet. Unter dem Impuls der Sozialisten hat die Politik in einem äußerst schwierigen Umfeld dafür gesorgt, dass die Kaufkraft erhalten bleibt. Der gesetzliche Mindestlohn wurde trotz Krise erhöht und die Löhne, Gehälter und Renten an die gestiegenen Preise angepasst. Darüber hinaus hat die LSAP in Regierung und Parlament dafür gesorgt, dass gerade unter ihrer Federführung wichtige und große Reformen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Renten und Gesundheit umgesetzt wurden.

Der LSAP-Kongress begrüßt in diesem Zusammenhang,

- dass die LSAP auf Regierungsebene unter der Leitung von Vize-Premier und Außenminister Jean Asselborn sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene zu einer sozialgerechten und verantwortungsvollen Politik beigetragen hat;
- dass Bildungsministerin Mady Delvaux-Stehres nach jahrzehntelangem bildungspolitischen Stillstand die Grundschulreform durchgesetzt sowie die Berufsausbildung reformiert hat und nun auch die notwendige Reform des Sekundarschulunterrichts in Angriff nimmt;
- dass Arbeits- und Beschäftigungsminister Nicolas Schmit einerseits die seit vielen Jahren überfällige Reform der Arbeitsmarktverwaltung umgesetzt und den Aktionsplan „Jugendgarantie“ auf den Weg gebracht hat und andererseits die Regularisierung ausländischer Arbeitnehmer zur Bekämpfung von Lohndumping und Schwarzarbeit anstrebt;
- dass Gesundheits- und Sozialminister Mars di Bartolomeo nach der wichtigen Gesundheitsreform auch den Druck auf die Renten mit der notwendigen Pensionsreform entschärft hat und nun mit Besonnenheit die Reform der Pflegeversicherung in Angriff nimmt;
- dass Wirtschaftsminister Etienne Schneider die Diversifizierung der Luxemburger Wirtschaft konsequent vorantreibt und mit der Solidarwirtschaft unter dem Impuls von Minister Romain Schneider ein weiteres Wirtschaftsstandbein mit neuen Beschäftigungsperspektiven entsteht.

Fünf Prioritäten

Die Politik der LSAP wird auch weiter dazu beitragen, dass Arbeitsplätze in einer zunehmend diversifizierten Wirtschaft geschaffen werden. Aus dieser positiven Grundeinstellung, die auf nachhaltiges Wachstum und sozialen Fortschritt abzielt, ergeben sich für die LSAP **folgende Prioritäten**:

- 1. die Voraussetzungen für Innovation, Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu schaffen, um den Sozialstaat dank eines verantwortungsvollen Umgangs mit öffentlichen Ressourcen dauerhaft abzusichern;**
- 2. alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Stellenabbau zu verhindern und bestehende Arbeitsplätze zu erhalten;**
- 3. der durch den globalen Wettbewerb geförderten Niedriglohnpolitik und Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen eine Absage zu erteilen und darauf hinzuweisen, dass Arbeit die menschliche Würde respektieren und gerecht entlohnt werden muss;**
- 4. schulisches Scheitern und Jugendarbeitslosigkeit konsequent zu bekämpfen;**
- 5. das allgemeine Bildungsniveau als Grundvoraussetzung für mehr Chancengerechtigkeit, Beschäftigung und lebenslanges Lernen zu erhöhen.**

Aus diesen Beweggründen ruft der LSAP-Kongress alle politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte dazu auf, sich an einem **Zukunftspakt für Bildung, Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum** zu beteiligen.

- Die LSAP-Delegierten fordern alle *politischen Akteure* auf, **die Verringerung der Arbeitslosigkeit als oberste Priorität anzusehen, um Armut zu bekämpfen und soziale Kohäsion zu fördern.**
- Der LSAP-Kongress appelliert an die *Unternehmen*, **ihre soziale Verantwortung ernstzunehmen und ihre Unternehmensführung so auszurichten, dass sie vorrangig den Menschen und der gesellschaftlichen Entwicklung dient.**
- Die LSAP-Delegierten rufen alle *Bürgerinnen und Bürger* auf, **die sozialstaatlichen Errungenschaften gemeinsam zu stärken und so zum Erhalt eines starken Sozialstaats beizutragen.**

Für mehr Beschäftigung und bessere Bildungschancen

Der LSAP-Kongress fordert:

- die notwendigen Mittel bereitzustellen, damit die ADEM (Agence pour le développement de l'emploi) ihre wichtige gesellschaftliche Aufgabe unter bestmöglichen Voraussetzungen wahrnehmen und Arbeitssuchenden bei der Arbeitsvermittlung und -beratung gezielt weiterhelfen kann, sowie den Arbeitgebern einen zufriedenstellenden Service anbietet, damit sie verstärkt auf die ADEM zurückgreifen, um offene Stellen zu besetzen;
- dem Aktionsplan „Jugendgarantie“ bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit höchste Priorität einzuräumen, damit jungen, bei der ADEM gemeldeten Arbeitssuchenden innerhalb von vier Monaten eine Berufs- bzw. Fortbildungsperspektive in Aussicht gestellt werden kann;
- die Beschäftigungsmaßnahmen (CAE und CIE)⁸ für junge Arbeitssuchende im Sinne einer gezielteren Betreuung weiter zu optimieren, um deren Berufsperspektiven zu verbessern;

- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- 55
- 56
- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67
- 68
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- 77
- 78
- 79
- 80
- 81
- 82
- 83
- 84
- 85
- sicherzustellen, dass das Arbeitsrecht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch weiterhin ein hohes Maß an Sicherheit gewährt und gleichzeitig eine Flexibilisierung der Modalitäten des befristeten Arbeitsvertrages auf Kosten der Arbeitnehmer abzulehnen;
 - das betriebliche Umfeld und die Arbeitsbedingungen zu verbessern, damit das Potenzial älterer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den Betrieben besser genutzt und deren Beschäftigungsquote erhöht werden kann;
 - das Gesetz über Massenentlassungen (licenciements collectifs) so abzuändern, dass der „Maintien de l’emploi“ bindender Bestandteil der Verhandlungen zu einem Sozialplan wird und ein Plan zum Erhalt von Arbeitsplätzen im Vorfeld etwaiger Entlassungen zwischen Sozialpartnern verhandelt werden muss;
 - die gesetzliche Reform der Mitbestimmung auf Betriebsebene zügig umzusetzen;
 - den Sozialdialog mit den Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern z.B. im Rahmen der Tripartite und des Wirtschafts- und Sozialrats wieder aufzunehmen und aktiv zu fördern;
 - die Steuerpolitik so auszurichten, dass sie Beschäftigung fördert, die Lohnnebenkosten niedrighält und den Faktor Arbeit nicht überdurchschnittlich belastet;
 - arbeitsintensive, beschäftigungsfreudige und sozialverantwortliche Unternehmen mit steuerlichen Maßnahmen zu fördern;
 - Beschäftigungsinitiativen, die eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe erfüllen, weiter auf allen Ebenen zu unterstützen und so auszurichten, dass sie die verfügbaren Ressourcen im Sinne des Gemeinwohls einsetzen;
 - weiter in hochwertige Betreuungsstrukturen und Ganztagschulen zu investieren und sicherzustellen, dass Alleinerziehende und Familien den nötigen Spielraum haben, um einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können;
 - die Frauenerwerbsquote im Sinne der EU-Wachstumsstrategie 2020 deutlich zu erhöhen;⁹
 - mehr Menschen mit Behinderungen zu einer Lohnarbeit zu verhelfen und die gesetzlichen Vorgaben damit zu erfüllen;¹⁰
 - den Dialog mit allen Schulpartnern fortzusetzen und die geplante Reform des Sekundarunterrichts noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden, damit die Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich verbessert und alle Schülerinnen und Schüler eine ihren Fähigkeiten angemessene schulische Qualifikation erlangen können;
 - Schule und Berufswelt besser aufeinander abzustimmen und die Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler frühzeitig und mit Nachdruck voranzutreiben, damit Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt besser in Einklang gebracht werden können;
 - das Potenzial der „Maison de l’orientation“ im Sinne der Schüler, Studenten und Arbeitnehmer weiterzuentwickeln und voll auszuschöpfen;
 - Erfahrungen und Kenntnisse, die im Rahmen eines Praktikums, eines Studentenjobs oder einer Beschäftigungsmaßnahme erworben wurden, anzuerkennen und zu beurkunden;
 - Schulabbrecher durch gezielte Maßnahmen auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten oder gegebenenfalls in die Schule zu reintegrieren;
 - den Anteil der Schulabbrecher dauerhaft zu verringern und das allgemeine Bildungsniveau bzw. die Quote der Hochschulabsolventen deutlich zu erhöhen¹¹;
 - die staatliche Förderung der beruflichen Weiterbildung auf einem hohen Niveau zu halten und gezielt auf jene Arbeitnehmergruppen auszurichten, die einem starken Anpassungsdruck auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt sind;
 - das Problem der Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer über 50 Jahren ebenso anzugehen, wie jenes der Jugendarbeitslosigkeit und ältere Arbeitnehmer besser vor Entlassungen zu schützen.

- 86 • Erwachsenen durch den Ausbau des zweiten Bildungsweges zu ermöglichen, einen
87 Schulabschluss nachträglich zu erwerben und dabei sicherzustellen, dass der Unterricht auf die
88 Bedürfnisse von Beschäftigten und Arbeitslosen zugeschnitten ist.
89
90

91 Für wirtschaftliche Diversifizierung und nachhaltiges Wachstum

92
93 Der LSAP-Kongress fordert:

- 94
- 95 • die wirtschaftliche Diversifizierung weiter gezielt voranzutreiben, um die Abhängigkeit von
96 einzelnen Wirtschaftszweigen, z.B. dem Banken- und Finanzplatz zu verringern;
 - 97 • die notwendigen Mittel für Investitionen bereitzustellen, damit der Industriestandort Luxemburg
98 Auftrieb erhält und sich weiterentwickeln kann;
 - 99 • die kleinen und mittleren Betriebe (KMU) im Rahmen der wirtschaftlichen Diversifizierung
100 verstärkt zu unterstützen und handwerkliche Berufe aktiv als echte Zukunftsperspektive
101 darzustellen;
 - 102 • Unternehmergeist und Risikobereitschaft bei jungen Menschen und Schulabsolventen noch
103 stärker mit gezielten Anreizen zu fördern;
 - 104 • Betriebe, Staatsverwaltungen und Gemeinden dazu anzuregen, mehr Lehrstellen für
105 Auszubildende und Schulabgänger bereitzustellen, Jugendliche auszubilden und nicht als billige
106 Arbeitskräfte zu missbrauchen;
 - 107 • den staatlichen und kommunalen sozialen Wohnungsbau und die energetische Altbausanierung
108 weiter zu fördern, um lokalen Handwerksbetrieben wirtschaftlichen Auftrieb zu geben;
 - 109 • das vorliegende Gesetzesprojekt zur „Société nationale de développement urbain S.A.“ mit der
110 Gründung des „Fonds du logement S.A. National“ kritisch zu hinterfragen und dem bestehenden
111 „Fonds du Logement“ zusätzliche Finanzmittel zum verstärkten Bau von erschwinglichem
112 Wohnraum und für weiteres Personal zur Verfügung zu stellen;
 - 113 • die Entwicklung der Universität konsequent voranzutreiben und ein Umfeld zu schaffen, das
114 Bildung und Forschung auf hohem Niveau ermöglicht und gleichsam hohen wirtschaftlichen
115 Mehrwert schafft;
 - 116 • das für die Luxemburger Wirtschaft zukunftssträchtige Standbein „Forschung und Entwicklung“
117 sowohl im privat- als auch im öffentlich-rechtlichen Bereich im Sinne der Luxemburg-2020-
118 Wachstumsstrategie konsequent auszubauen;¹²
 - 119 • die Solidarwirtschaft als wichtigen Bestandteil der nationalen Volkswirtschaft dauerhaft zu
120 verankern und ihre Entwicklung im Dienst der Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen;
 - 121 • soziale Innovation zu fördern und die geplante neue Gesellschaftsform umzusetzen, damit
122 Unternehmen, die sozial ausgerichtet und nicht ausschließlich profitorientiert sind, eine tragfähige
123 Rechtsgrundlage erhalten;
 - 124 • die Bereiche Logistik, Gesundheitstechnologien, Wohnungsbau, Informations- und
125 Kommunikationstechnologien sowie erneuerbare Energien weiter konsequent auszubauen und
126 neue Arbeitsplätze zu schaffen;¹³
 - 127 • weiterhin Verantwortung im Klima-, Natur- und Umweltschutz und in der Landwirtschaft zu
128 übernehmen und dafür zu sorgen, dass bestehende Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen
129 werden können;
 - 130 • die Kultur, Design und Musikindustrie als Zukunftssektor mit starkem Wachstumspotenzial zu
131 erkennen und konsequent die Schaffung von Arbeitsplätzen in diesen Bereichen zu fördern;

- 132 • staatliche Beihilfen von Unternehmen, die den Wirtschaftsstandort aus Wettbewerbsgründen
133 verlassen und dadurch unnötige Massenentlassungen verursachen, im Rahmen gesetzlicher
134 Bestimmungen zurückzufordern;
- 135 • Betriebe anzuregen, erwirtschaftete Gewinne im Sinne der sozialen Verantwortung wieder zu
136 investieren und Beschäftigung zu fördern;
- 137 • bei öffentlichen Ausschreibungen im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen darauf zu achten, dass
138 soziale und ökologische Kriterien verstärkt berücksichtigt und Beschäftigung gefördert wird;
- 139 • die administrative Vereinfachung auf allen Verwaltungsebenen konsequent fortzusetzen.

140

141

142 **Für einen starken Sozialstaat und einen gerechteren Welthandel**

143 Nur eine Wirtschaft, die sich in den Dienst der Menschen stellt, indem sie eine verantwortungsvolle
144 Lohnpolitik (kein Lohndumping) sowie arbeitsrechtlich und sozial vertretbare Arbeitsverträge anbietet und
145 politisch Verantwortliche, die im Sinne der Gemeinschaft Verantwortung übernehmen, tragen zu einem
146 verantwortlichen und ausgewogenen Gesellschaftsmodell bei. Beide sind Voraussetzung für einen gut
147 funktionierenden Sozialstaat. Die LSAP wird auch künftig alles dransetzen, um auf nationaler und
148 europäischer Ebene diese soziale Errungenschaft langfristig abzusichern und auszubauen.

149 Von den europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten sollen auch in Zukunft wichtige Impulse
150 ausgehen, um soziale Standards in einer globalisierten Welt zu verbessern und zu einem gerechteren
151 Welthandel beizutragen. Sozialstaatliche Errungenschaften wie der gesetzliche Mindestlohn und die
152 automatische Lohnindexierung haben aus Sicht der Luxemburger Sozialisten Vorbildcharakter.

¹ Im vergangenen Jahrzehnt ist die Beschäftigungsquote in Luxemburg ständig angestiegen. Selbst im Krisenjahr 2008 legte die Beschäftigung trotz einbrechender Wirtschaftsleistung zu. Von 2001 bis 2012 (Oktober) wuchs die Zahl der im Inland Beschäftigten und Selbstständigen von 278.400 auf 381.000 an. Dies entspricht einer Wachstumsrate von 37 Prozent über einen Zeitraum von 11 Jahren. Mit nahezu 60% fiel der Anstieg bei den aus der Großregion stammenden Arbeitnehmern in der gleichen Zeitspanne überdurchschnittlich hoch aus. (Quelle: Statec, www.statistiques.public.lu; siehe auch *Parlamentsbericht zum Haushaltsentwurf 2013*; S.20 u. 26f)

² Ende Dezember 2012 waren 16.963 Arbeitsuchende bei der ADEM gemeldet; das sind 12,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Zum Jahreswechsel lag die Arbeitslosenquote damit bei 6,4 Prozent. Im November 2012 belief sich die entsprechende Quote auf 6,2 und im Dezember 2011 auf 5,8 Prozent. Auch die Zahl jener Personen, die im Dezember 2012 von einer Beschäftigungsmaßnahme profitierten, stieg im Vergleich zum Vorjahr um 16,3 Prozent auf 4.763 Personen an. Im Dezember 2012 wurden 1.207 neue Stellen bei der ADEM als frei gemeldet; 1.875 freie Arbeitsplätze blieben zum Jahresende unbesetzt. (Quelle: ADEM: *Bulletin luxembourgeois de l'emploi*; No. 12 décembre 2012) Luxemburg verbuchte zwischen 1985 und 2011 einen durchschnittlichen Beschäftigungsanstieg von 3,2 Prozent. 2011 lag die entsprechende Wachstumsrate bei 2,9 und 2012 bei 2,2 Prozent. (siehe hierzu: *Parlamentsbericht zum Staatsbudget 2013*, Seite 20) Während die Beschäftigung im vergangenen Jahr um 2,2 Prozent zulegte, stieg die Arbeitslosenquote im gleichen Zeitraum um 0,6 auf 6,4 Prozent an.

³ In den vergangenen drei Schuljahren lag die Quote der Schulabbrecher konstant bei 9 Prozent der jeweiligen Schülerkohorte. (Quelle: *L'enseignement luxembourgeois en chiffres; année scolaire 2011-2012; janvier 2013*; siehe außerdem: MENFP: *Le décrochage scolaire au Luxembourg*; année scolaire 2009/2010). Ohne schulischen Abschluss wird es für die Betroffenen schwer, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten. Von den 16.963 Ende Dezember bei der ADEM gemeldeten Arbeitsuchenden lag der Anteil jener, die über eine geringe schulische Bildung, d.h. die nicht über das Schulpflichtalter hinausgeht, bei 46,2 Prozent. (siehe ADEM: *Bulletin luxembourgeois de l'emploi*, No. 12, décembre 2012) Aus dem Datensatz der ADEM geht außerdem hervor, dass Arbeitsuchende mit höherer Qualifikation schneller einen Arbeitsplatz finden.

⁴ Zwischen 2000 und 2007 verbuchte der Luxemburger Staat eine Schuldenquote von ca. 6 Prozent. Infolge der Finanzkrise und Rettung systemischer Banken stieg die Staatsverschuldung 2008 rapide an (15 Prozent). Für 2015 rechnet man mit einer Schuldenquote von über 25 Prozent des BIP. Laut Stabilitäts- und Wachstumspakt wird sich Luxemburg künftig per

Staatsanleihen Geld auf den Finanzmärkten besorgen müssen, um das eigene Staatsdefizit zu begleichen. 2015 wird Luxemburg voraussichtlich 328 Mio. Euro aufbringen müssen, um seine Schulden zu bedienen. (*siehe hierzu Parlamentsbericht zum Haushaltsentwurf 2013, Seite 46ff*)

⁵ Von 2005 bis 2012 hat die Zahl der Beschäftigten im Industriebereich um 11,8 Prozent abgenommen. 2012 hat sich die Industrieproduktion in Luxemburg auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Im Vergleich zu 2008 ist das Produktionsvolumen im vergangenen Jahr zwischen 15 und 20 Prozent zurückgegangen. (*Note de conjoncture no 3-12, p. 19-21*)

⁶ Der Druck auf das Luxemburger Bankgeheimnis und den hiesigen Bankenplatz hat sich durch die internationale Entwicklung in den letzten zehn Jahren deutlich erhöht. Verschärfte Regelungen zur Terrorismusbekämpfung infolge von 9/11, der internationale Kampf gegen Drogenhandel, Geldwäsche und Steuerflucht haben neben der globalen Banken- und Finanzkrise zu einer Restrukturierung dieses für Luxemburg wesentlichen Wirtschaftssektors geführt. Zwischen 2001 und 2012 ist die Zahl der in Luxemburg registrierten Banken von 187 (12/2001) auf 143 (12/2012) geschrumpft. Auch die Zahl der Bankangestellten ist seit dem dritten Quartal 2012 wieder rückläufig. Im vergangenen Jahr verbuchte der Luxemburger Bankenplatz im Vergleich zu 2011 einen Nettorückgang von 150 Arbeitsplätzen. Ende Dezember 2012 beschäftigten die in Luxemburg niedergelassenen Banken 26.545 Arbeitnehmer. (*Quelle: www.cssf.lu*)

⁷ Im Bilan Compétitivité 2012 des « Observatoire de la compétitivité » nahm Luxemburg im globalen Wettbewerbsranking Platz 12 ein, deutlich vor Belgien (25) und Frankreich (29), aber hinter dem dritten Nachbarland Deutschland, das Rang 9 belegte. Im Vergleich zu den anderen EU-Staaten büßte Luxemburg 2011 drei Plätze ein und landete auf Rang 11 unter 27 Mitgliedsstaaten. Während Luxemburg in Sachen Produktivität, Lohnkosten, Unternehmertum und Umwelt einen hinteren Ranking-Platz belegte, weist es Wettbewerbsvorteile u.a. bei den makroökonomischen Daten, im Steuerbereich und bei den Lohnnebenkosten auf. Auch im Bereich der sozialen Kohäsion belegt Luxemburg mit Rang 5 einen vorderen Platz. Seit 2005 belegte Luxemburg im globalen Wettbewerbsranking stets einen Rang zwischen Platz 9 und 12. (*Quelle: Observatoire de la compétitivité, Bilan Compétitivité 2012*)

⁸ In Krisenzeiten unterliegen auch junge Schulabgänger einem erhöhten Risiko, in der Arbeitslosigkeit hängen zu bleiben. Deshalb sind die Maßnahmen zur Beschäftigung von jungen Menschen überarbeitet und nachgebessert worden. Der CAE (contrat d'appui-emploi) für den öffentlichen Dienst und parastaatlichen Bereich und der CIE (contrat d'initiation à l'emploi) für den Privatsektor zielen darauf ab, jungen Menschen eine erste berufliche Erfahrung zu vermitteln und ihre Chancen zu verbessern, möglichst schnell einen festen Arbeitsplatz zu finden. Die Evaluation der Jugendbeschäftigungsmaßnahmen CAE und CIE hat mitunter gezeigt, dass junge Menschen, die von einer Maßnahme profitierten öfter einen Arbeitsplatz gefunden haben als jene, die nicht in den Genuss eines CIE oder CAE gekommen sind (*siehe hierzu: „Luxembourg 2020“, Plan national pour une croissance intelligente, durable et inclusive; p. 15*). Im Dezember 2012 profitierten 4.763 bei der ADEM gemeldete Arbeitsuchende von einer Beschäftigungsinitiative. 20,1 Prozent wurden einem CIE und 7,4% einem CAE zugeordnet. (*Quelle: ADEM, Bulletin de l'emploi; no 12/2012*). Nun wurden die Maßnahmen zur Beschäftigung von jungen Menschen (CIE und CAE) ein weiteres Mal überarbeitet und optimiert. Ein entsprechendes Gesetz wurde am 26. Februar 2013 vom Parlament verabschiedet.

⁹ 2011 lag die Erwerbsquote in Luxemburg bei 69,8 Prozent. Die erwerbstätigen Frauen kamen dabei lediglich auf 61,7 Prozent; die Männer dagegen auf 77,8 Prozent. Laut nationalem Wachstumsplan „Luxembourg 2020“ soll die Erwerbsquote bis 2020 auf 73 Prozent steigen. Dieses Ziel dürfte nur über einen deutlichen Anstieg der Frauenerwerbsquote zu erreichen sein.

¹⁰ Das Gesetz von 1991 über Arbeitnehmer mit Behinderungen hält u.a. folgende Beschäftigungsvorgaben fest: Die Regelung für den öffentlichen Dienst sieht eine verbindliche Beschäftigungsquote von 5 Prozent des Gesamtpersonals für Menschen mit Behinderungen vor. Für den Privatsektor gibt es diesbezüglich ein Stufensystem: Für Betriebe mit weniger als 25 Angestellten sieht der Gesetzgeber die Beschäftigung eines behinderten Arbeitnehmers vor, Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten müssen dagegen ein Soll von 2 Prozent erfüllen, für Unternehmen mit weniger als 300 Vollzeitbeschäftigten erhöht sich die entsprechende Quote auf 4 Prozent. Wer über das Soll des Gesetzgebers hinausgeht, kann den Arbeitgeberanteil der Lohnnebenkosten abschreiben. Arbeitgeber, die sich weigern, die gesetzlichen Mindestvorgaben zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zu erfüllen, müssen eine Entschädigung in Höhe von 50 Prozent des sozialen Mindestlohns an den Staat entrichten. (*Quelle: Loi du 12 novembre 1991 sur les travailleurs handicapés*)

¹¹ In Luxemburg liegt der Anteil der 25- bis 64-jährigen mit Hochschulabschluss bei 30 Prozent. Einen großen Unterschied gibt es zwischen in Luxemburg (22%) und im Ausland geborenen Hochschulabsolventen (40%). Laut nationalem Wachstumsplan „Luxembourg 2020“ (avril 2012) will die Regierung die Quote der Hochschulabsolventen bis 2020 auf 66 Prozent erhöhen. Bei der Luxemburger Zielsetzung geht es insbesondere darum, das Luxemburger Schulsystem so auszurichten, dass es Jugendlichen eine höhere Qualifikation ermöglicht.

¹² Für den Bereich Forschung und Entwicklung geht der nationale Wachstumsplan „Luxembourg 2020“ (avril 2012) von folgender Zielsetzung aus: Bis 2020 will Luxemburg die entsprechende Quote auf 2,3 bzw. 2,6 Prozent des BIP erhöhen. 2015 sollen bereits 2 Prozent des BIP in die private und öffentliche Forschung fließen. 2010 lag der entsprechende Wert noch bei 1,64 Prozent; 0,48 Prozent des BIP entfielen dabei auf die öffentliche und 1,16 Prozent auf die private Forschung. (*Quelle: „Luxembourg 2020“, avril 2012*)

¹³ Insbesondere in drei Hauptsektoren können auch in Luxemburg gemäß europäischen Vorgaben neue, zukunftsorientierte Arbeitsplätze geschaffen werden: „green jobs“ im Umweltbereich, „white jobs“ im Gesundheitsbereich und „grey jobs“ im ICT-Bereich (Informations- und Kommunikationstechnologien).